



Stadt Nürtingen
Stadtplanungs- und Umweltamt

Bebauungsplan
„Sondergebiet Auf dem Säer“
2. Änderung

Planbereich 107.01

Abwägung

vom 01.10.2020

Abwägung der Stellungnahmen
Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

Abwägung

zur Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs.2 BauGB
zum Entwurf des Bebauungsplans

„Sondergebiet Auf dem Säer“ 2. Änderung

Planbereich 107.01 in Nürtingen

Der Bebauungsplan „Sondergebiet Auf dem Säer 2. Änderung“ wird im Verfahren gemäß §13a BauGB aufgestellt. Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB fanden wie folgt statt:

1.1 Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

<u>Zeitraum</u>	vom 24.08.2020 – 29.09.2020
<u>Bekanntmachung</u>	Nürtinger Zeitung am 14.08.2020
<u>Aushang</u>	Technisches Rathaus, Marktstraße 1 während der üblichen Öffnungszeiten

1.2 Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs.2 BauGB

<u>Zeitraum</u>	mit Schreiben vom 21.08.2020 bis zum 29.09.2019
-----------------	---

1.3 Grundlagen

01	Bekanntmachung	vom	14.08.2020
02	Lageplan mit Geltungsbereich	vom	11.12.2019
03	Entwurf Planzeichnung	vom	11.12.2019
04	Entwurf Grünordnungsplan	vom	11.12.2019
05	Entwurf Textteil	vom	11.12.2019
06	Entwurf Begründung	vom	11.12.2019
07	Abwägung frühzeitige Beteiligung	vom	11.12.2019
08	Immissionsschutztechnisches Gutachten	vom	19.12.2019
09	Spezielles artenschutzrechtliche Prüfung (saP)	vom	Dez 2019
9.1	Ergänzende Maßnahmenkarten zur saP	vom	Juli 2020
10	Verkehrsgutachten	vom	Dez 2019
11	Umweltbezogene Stellungnahmen	vom	30.07.2020
12	Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls	vom	04.08.2020
13	Formblatt zur Natura-2000-Vorprüfung		
14	Anlage zum Formblatt zur Natura-2000-Vorprüfung	vom	Sept 2019
15	Beteiligungsformblatt		

I. Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange wurden angeschrieben und um Stellungnahme gebeten:

Lfd. Nr.*	Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme mit Schreiben vom:	Anregungen / Hinweise	
			ja	nein
1	Zweckverband Landeswasserversorgung	21.08.2020		✗
2	Deutsche Flugsicherung GmbH	24.08.2020		✗
3	Gemeindeverwaltung Frickenhausen	24.08.2020		✗
4	terranets bw GmbH	24.08.2020		✗
5	BIL- Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung	25.08.2020		✗
6	Gemeindeverwaltung Großbottlingen	27.08.2020		✗
7	Regierungspräsidium Stuttgart Referat 21 – Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz	28.08.2020	✗	
8	Unitymedia GmbH	03.09.2020		✗
9	Verband Region Stuttgart	11.09.2020		✗
10	Zweckverband Öffentlicher Personennahverkehr im Mittelbereich Nürtingen „Fahr Mit“	16.09.2020		✗
11	LRA Esslingen I. Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz (WBA) II. Naturschutz III. Gewerbeaufsicht IV. Landwirtschaftsamt V. Gesundheitsamt VI. Amt für Geoinformation und Vermessung VII. Straßenbauamt VIII. Nahverkehr/ Infrastrukturplanung IX. Katastrophenschutz/ Feuerlöschwesen X. Abfallwirtschaftsbetrieb	24.09.2020	✗	
12	Regierungspräsidium Stuttgart Abt. 5 Umwelt	29.09.2020		✗
13	Regierungspräsidium Stuttgart Abt. 4 Straßenwesen & Verkehr	29.09.2020		✗
14	Gemeinde Wolfschlügen	30.09.2020		✗
15	Deutsche Telekom Technik GmbH			

16	Gemeindeverwaltung Oberboihingen			
17	BIL- Fernleitungsbetriebsgesellschaft mbH			
18	Polizeirevier Nürtingen			
19	Untere Denkmalschutzbehörde, Stadt Nürtingen			
20	EnBW Energie Baden-Württemberg AG			
21	Landesnaturausschutzverband Baden-Württemberg			
22	BUND Ortsgruppe Nürtingen			
23	NABU Nürtingen und Umgebung			
24	Stadtwerke Nürtingen GmbH			
25	Freiwillige Feuerwehr Nürtingen			
26	Gemeindeverwaltung Unterensingen			
*die laufende Nummer entspricht dem Datum der Stellungnahme				

II. Seitens der Öffentlichkeit wurden folgende Stellungnahmen abgegeben

Lfd. Nr.	Private / Bürger	Schreiben vom:	Anregungen / Hin- weise	
			ja	nein
1	Sammelvordruck (40 mal)	24.09.-28.09.2020	✗	
2	Bürger 1	25.09.2020	✗	
3	Bürger 2	28.09.2020	✗	
4	Bürger 3	28.09.2020 + 13.02.2020	✗	
5	Bürger 4	29.09.2020	✗	
*die laufende Nummer entspricht dem Datum der Stellungnahme				

Insgesamt sind im Rahmen der o.g. Beteiligungen von 14 Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen eingegangen. Von Privatpersonen sind ebenfalls Stellungnahmen eingegangen. Die Verwaltung hat die unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander im Folgenden abgewogen.

III. Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zur Beteiligung zur allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls (gem. § 13 a Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Zeitraum mit Schreiben vom 23.06.2020 bis zum 17.07.2020

Lfd. Nr.	Private / Bürger	Schreiben vom:	Anregungen / Hinweise	
			ja	nein
1	Zweckverband Landeswasserversorgung Recht, Verwaltung, Liegenschaften	23.06.2020		✗
2	Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung	29.06.2020		✗
3	Regierungspräsidium Stuttgart Ref. 21 – Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz	01.07.2020		✗
4	Verband Region Stuttgart	13.07.2020		✗
5	Regierungspräsidium Stuttgart Straßenwesen und Verkehr	14.07.2020	✗	
6	Landratsamt Esslingen – Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz (WBA)	15.07.2020	✗	
7	Landratsamt Esslingen – Naturschutz	15.07.2020	✗	
8	Landratsamt Esslingen - Gewerbeaufsicht	15.07.2020	✗	
9	Landratsamt Esslingen - Landwirtschaftsamt	15.07.2020	✗	
10	Regierungspräsidium Stuttgart Abt. 5 Umwelt	17.07.2020	✗	
11	Landesnatschutzverband Baden-Württemberg			
12	BUND Ortsgruppe Nürtingen			
13	NABU Nürtingen und Umgebung			
14	Stadtwerke Nürtingen GmbH			
*die laufende Nummer entspricht dem Datum der Stellungnahme				

Insgesamt sind im Rahmen der o.g. Beteiligungen von 10 Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange Stellungnahmen eingegangen. Die Verwaltung hat die unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander im Folgenden abgewogen.

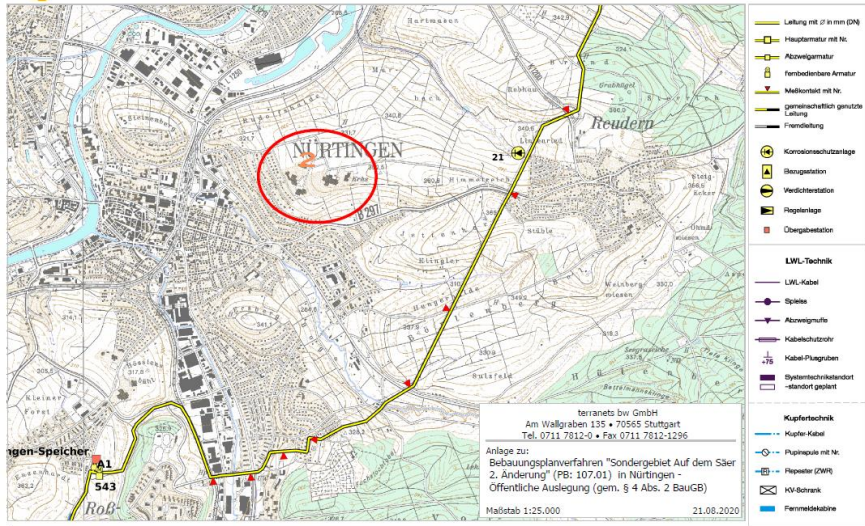
I. Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor-schlag
I.1 Zweckverband Landeswasser- versorgung Schreiben vom 21.08.2020	Sehr geehrte Damen und Herren, wir bestätigen den Eingang Ihrer Anfrage und teilen mit, dass die Belange der Landeswasserversorgung nicht betroffen sind. Mit freundlichen Grüßen Martin Schöchlin Zweckverband Landeswasserversorgung Recht, Verwaltung, Liegenschaften stv. Abteilungsleiter		<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
<p>I.2 Deutsche Flugsicherung GmbH</p> <p>Schreiben vom 24.08.2020</p>	<p>Sehr geehrte Frau Hans,</p> <p>zunächst guten Morgen – um dieser Mail eine etwas auflockernde Note zu verleihen, möchte ich mitteilen, dass der Link</p> <p>https://www.nuertingen.de/de/nuertingen-fuer-alle/rathaus-buer-gerservice/staedtische-aemter-einrichtungen/stadtplanungs-und-umweltamt/aktuelle-beteiligungsverfahren/</p> <p>zu dem im Anhang sichtbaren Hinweis führt.</p> <p>Da das Bebauungsplanverfahren "Sondergebiet Auf dem Säer 2. Änderung" (PB: 107.01) in Nürtingen in der Nähe des Helikopter-Klinik-Landeplatzes Nürtingen (ED2126) liegt, benötigen wir den genauen Standort.</p> <p>Vielleicht können Sie mir einen zielführenden Link oder eine .pdf-Zeichnungsdatei senden.</p> <p>Vielen Dank im Voraus !</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Markus Rummel</p> <p>DFS Deutsche Flugsicherung GmbH TWR/BL Am DFS-Campus 10 63225 Langen Email: Markus.Rummel@dfs.de</p> <p>DFS Deutsche Flugsicherung GmbH Am DFS-Campus D - 63225 Langen</p>	<p>Hinweis: Die Daten wurden per E-Mail als pdf- Dateien noch einmal an die Dt. Flugsicherung GmbH verschickt. Eine Stellungnahme erfolgte nicht.</p>	<p><u>Kenntnisnahme</u></p>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
I.3 Gemeindever- waltung Frickenhausen Schreiben vom 24.08.2020	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wie bereits im Zuge des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens mitgeteilt, bedanken wir uns für die Beteiligung und begrüßen die Modernisierung der Medius Kliniken. Wir haben im Zuge des erforderlichen Bauleitplanänderungsverfahrens keine Bedenken oder Anregungen vorzubringen und wünschen Ihnen viel Erfolg!</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Tanja Niedziolka</p> <hr/> <p><i>Gemeindeverwaltung Frickenhausen Ortsbauamt Mittlere Straße 18 * 72636 Frickenhausen Tel. 07022 94342-66 Fax 07022 94342-4161 tanja.niedziolka@frickenhausen.de www.frickenhausen.de</i></p>		<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
<p>I.4 terraneTS bw GmbH</p> <p>Schreiben vom 24.08.2020</p>	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wir bedanken uns für die Benachrichtigung über das oben genannte Vorhaben.</p> <p>Im Anhang erhalten Sie den Bescheid.</p> <p>i. A. Thomas Burmeister Planung und Bau</p> <p>terraneTS bw GmbH Am Wallgraben 135 70565 Stuttgart www.terraneTS-bw.de</p> <p>Anhang:</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wir bedanken uns für die Beteiligung am oben genannten Bebauungsplanverfahren.</p> <p>Im Geltungsbereich des oben genannten Bebauungsplanes (gilt nur für rot markierten Bereich) liegen keine Anlagen der terraneTS bw GmbH, so dass wir von dieser Maßnahme nicht betroffen werden.</p> <p>Eine Beteiligung am weiteren Verfahren ist nicht erforderlich.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen terraneTS bw GmbH</p>		<p><u>Kenntnisnahme</u></p>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
	<p>terranets bw</p>  <p>terranets bw GmbH Am Wallgraben 135 • 70565 Stuttgart Tel. 0711 7812-0 • Fax 0711 7812-1296</p> <p>Anlage zu: Bebauungsplanverfahren "Sondergebiet Auf dem Säer 2. Änderung" (PB: 107.01) in Nürtingen - Öffentliche Auslegung (gem. § 4 Abs. 2 BauGB)</p> <p>Maßstab 1:25.000 21.08.2020</p> <p><small>Diese Karte darf nur zu dem angegebenen Zweck verwendet werden. Eine Weitergabe an Dritte - auch auszugsweise - ist nicht erlaubt.</small></p>		

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
<p>I.5 BIL- Zweckverband Bodensee- Wasserversor- gung</p> <p>Schreiben vom 25.08.2020</p>	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>im Bereich dieser Maßnahme befinden sich weder vorhandene noch geplante Anlagen der BWV. Es werden daher keine Bedenken erhoben.</p> <p>Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht erforderlich.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Günter Mößner</p> <p>Planung, Bau, Dokumentation Zentrale Netzinformation</p> <p>Zweckverband BODENSEE-WASSERVERSORGUNG Hauptstraße 163 70563 Stuttgart http://www.bodensee-wasserversorgung.de</p> <p>E-Mail: Planauskunft@bodensee-wasserversorgung.de</p>		<p><u>Kenntnisnahme</u></p>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
<p>I.6 Gemeindever- waltung Groß- bettlingen</p> <p>Schreiben vom 27.08.2020</p>	<p>Sehr geehrte Frau Hans, wir bedanken uns für die Beteiligung am Verfahren. Von Seiten der Gemeinde Großbettlingen werden keine Bedenken oder Anregungen vorgebracht.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Edmund Zanger</p> <p>Bürgermeisteramt Großbettlingen Schweizerhof 2 72663 Großbettlingen Tel. (07022) 94345-17 Fax (07022) 94345-40 e.zanger@grossbettlingen.de www.grossbettlingen.de</p>		<p><u>Kenntnisnahme</u></p>


Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
<p>I.7 Regierungspräsi- dium Stuttgart Referat 21 – Raumordnung, Baurecht, Denk- malschutz</p> <p>Schreiben vom 28.08.2020</p>	<p>Sehr geehrter Herr Spörl, sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>vielen Dank für die Beteiligung an o.g. Verfahren. Die Unterlagen wurden ins Intranet eingestellt bzw. durch Referat 21 ausgelegt und damit den Fachabteilungen im Hause zugänglich gemacht.</p> <p>Es handelt sich nach dem von Ihnen vorgelegten Formblatt um einen <u>ent-</u> <u>wickelten Bebauungsplan</u>. Nach dem Erlass des Regierungspräsidiums vom 10.02.2017 erhalten Sie keine Gesamtstellungnahme des Regierungspräsidiums. Die von Ihnen benannten Fachabteilungen nehmen - bei Bedarf - jeweils direkt Stellung.</p> <p>Raumordnung Aus raumordnerischer Sicht wird darauf hingewiesen, dass insbesondere § 1 Abs. 3 bis Abs. 5 BauGB sowie § 1a Abs. 2 BauGB zu beachten sind. Diesen Regelungen sind in der Begründung angemessen Rechnung zu tragen.</p> <p>Zur Aufnahme in das Raumordnungskataster wird gemäß § 26 Abs. 3 LplG gebeten, dem Regierungspräsidium nach Inkrafttreten des Planes eine Mehrfertigung der Planunterlagen - soweit möglich auch in digitalisierter Form - zugehen zu lassen.</p> <p>Ansprechpartner in den weiteren Abteilungen des Regierungspräsidiums sind:</p> <p>Abt. 3 Landwirtschaft Frau Cornelia Kästle Tel.: 0711/904-13207 Cornelia.Kaestle@rps.bwl.de</p> <p>Abt. 4 Straßenwesen und Verkehr Herr Karsten Grothe Tel. 0711/904-14224 Karsten.Grothe@rps.bwl.de</p> <p>Abt. 5 Umwelt Frau Birgit Müller Tel.: 0711/904-15117 Birgit.Mueller@rps.bwl.de</p>		<p><u>Kenntnisnahme</u></p>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
	<p>Abt. 8 Denkmalpflege Herr Lucas Bilitsch Tel.: 0711/904-45170 Lucas.Bilitsch@rps.bwl.de</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Teresa López Mellado</p> <p>Regierungspräsidium Stuttgart Referat 21 - Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz Ruppmannstr. 21 70565 Stuttgart</p>		

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
<p>I.8 Unitymedia GmbH</p> <p>Schreiben vom 03.09.2020</p>	<p>Sehr geehrte Frau Hans,</p> <p>vielen Dank für Ihre Anfrage. Beigefügt erhalten Sie unsere Stellungnahme.</p> <p>Herzliche Grüße</p> <div data-bbox="349 424 416 488"></div> <p>Zentrale Planung Deployment Technology ZentralePlanungND@Unitymedia.de</p> <p>Vodafone NRW GmbH Postfach 10 20 28, 34020 Kassel</p> <p>vodafone.de</p> <p>The future is exciting. Ready?</p> <p>Anhang:</p> <p>Sehr geehrte Frau Hans,</p> <p>vielen Dank für Ihre Informationen.</p> <p>Zum o. a. Bauvorhaben haben wir bereits mit Schreiben vom 31.10.2019 Stellung genommen.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere obenstehende Vorgangsnummer an.</p> <div data-bbox="360 1230 1234 1358" style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Bitte beachten Sie: Bei einer Stellungnahme, z.B. wegen Umverlegung, Mitverlegung, Baufeldfreimachung, etc. oder eine Koordinierung/Abstimmung zum weiteren Vorgehen, dass Vodafone und Unitymedia trotz der Fusion hier noch separat Stellung nehmen. Demnach gelten weiterhin die bisherigen Kommunikationswege. Wir bitten dies für die nächsten Monate zu bedenken und zu entschuldigen.</p> </div> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Zentrale Planung Vodafone</p>	<p>Auf die Abwägung vom 11.12.2019 wird verwiesen.</p>	<p><u>Kenntnisnahme</u></p>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
<p>I.9 Verband Region Stutt- gart</p> <p>Schreiben vom 11.09.2020</p>	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>vielen Dank für die Beteiligung am oben genannten Bebauungsplanverfahren.</p> <p>Zur vorliegenden Planung gilt weiterhin die Stellungnahme des Verband Region Stuttgart vom 25. Oktober 2019. Der Planung stehen regionalplanerische Ziele nicht entgegen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ein Exemplar der Planunterlagen, möglichst in digitaler Form (an: planung@region-stuttgart.org), zu überlassen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen,</p> <p>Corinna Schmidt</p> <p>Referentin für Regional- und Siedlungsplanung</p> <p>Verband Region Stuttgart Kronenstraße 25 70174 Stuttgart Tel. 0711 22759-948 Fax. 0711 22759-70 Mail: schmidt@region-stuttgart.org www.region-stuttgart.org</p>	<p>Auf die Abwägung vom 11.12.2019 wird verwiesen.</p>	<p><u>Kenntnisnahme</u></p>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
<p>I.10 Zweckverband Öffentlicher Personennah- verkehr im Mit- telbereich Nür- tingen „Fahr Mit“</p> <p>Schreiben vom 16.09.2020</p>	<p>Sehr geehrte Frau Hans,</p> <p>unser Belang ist die Erschließung mit Öffentlichen Verkehrsmitteln.</p> <p>Diese ist an der Bushaltestelle Medius Klinik (auf dem Gelände vor- handen) gegeben.</p> <p>Eine Verdichtung der Klinikbebauung mit weiteren Baukörpern än- dert an der Erschließung nichts. Insoweit können Sie auf die weitere Beteiligung unserer Stelle gerne verzichten.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Andreas Teufel</p> <p>Geschäftsführer</p> <p>Zweckverband Öffentlicher Personennahverkehr im Mittelbereich Nürtingen "Fahr Mit" über Stadt Nürtingen Marktstraße 7 72622 Nürtingen Tel. 07022/75-253 Fax. 07022/75-584 Anruf-Sammel-Taxi AST: Anmeldetelefon für alle Richtungen außer Oberboihingen, Unterensingen 0711/39638166. Anruf-Sammel-Taxi Oberboihingen und Unterensingen: Anmeldetelefon 07024/501501. E-Mail-Adresse: fahrmit@nuertingen.de Geschäftsführer Andreas Teufel Verbandsvorsitzender Oberbürgermeister Dr. Fridrich, Nürtingen</p>		<p><u>Kenntnisnahme</u></p>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
I.11 LRA Esslingen Schreiben vom 24.09.2020	<p>Sehr geehrte Damen und Herren, angefügt die Stellungnahme des Landratsamtes in der o.a. Bebauungs- plansache zu Ihrer Information.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen Heike Balz Landratsamt Esslingen SG 411 - Baurecht Pulverwiesen 11, 73726 Esslingen a.N. Tel: 0711 3902- 42461 Fax: 0711 3902- 52461 balz.heike@lra-es.de www.landkreis-esslingen.de</p> <p>Anhang: Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>im Zuge des oben angeführten Bebauungsplan-Änderungsverfahrens sollen die pla- nungsrechtlichen Voraussetzungen zur Erweiterung und den Umbau des bestehen- den Klinikums mit zusätzlicher Zentralisierung von Einrichtungen geschaffen werden.</p> <p>Im Rahmen der Beteiligung gemäß § 3 Absatz 2 BauGB in Verbindung mit § 4 Ab- satz 2 BauGB wurde das Landratsamt als untere Verwaltungsbehörde gebeten, eine Stellungnahme zum Planentwurf abzugeben. Die Stellungnahme zur frühzeitigen Be- teiligung erfolgte am 06.11.2019, die zur Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 13a Absatz 1 Nummer 2 BauGB am 15.07.2020.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p> Christina Werstein</p> <p>Die Fachämter äußern sich wie folgt:</p>		<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
I.11 LRA Esslingen Schreiben vom 24.09.2020	<p>I. <u>Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz (WBA)</u></p> <p>1. <u>Abwasserableitung, Regenwasserbehandlung</u> Herr Roland Schunn, Tel. 0711 3902-42485</p> <p>Es bestehen keine weiteren Anmerkungen.</p> <p>2. <u>Grundwasser</u> Herr Thomas Götzelmann, Tel. 0711 3902-42482</p> <p>Die ganz oder teilweise zum Plangebiet gehörigen Grundstücke Flurstück-Nummern 2062/3, 2037/2 (Straße), 2037 und 1705 (derzeitige Parkflächen) liegen in der Zone III des Wasserschutzgebietes „Oberer Wasen“ der Gemeinde Oberboihingen. Die Grenzen sind im Lageplan darzustellen und auf die Regelungen der Wasserschutzgebietsverordnung des Landratsamtes Esslingen vom 17.08.1981 ist im Textteil hinzuweisen.</p> <p>In der bisherigen Bearbeitung wurde dies übersehen. Es wird gebeten, dieses Versehen zu entschuldigen.</p>	Die Grenzen des Wasserschutzgebietes „Oberer Wasen“ werden redaktionell als Hinweis im Bebauungsplan ergänzt. Ein Hinweis auf die Regelungen der Wasserschutzgebietsverordnung wird noch in der Begründung und im Textteil ergänzt.	<u>Redaktionelle Ergänzung</u>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor-schlag
<p>I.11 LRA Esslingen</p> <p>Schreiben vom 24.09.2020</p>	<p>II. <u>Naturschutz</u> Herr Nicolas Ruoff, Tel. 0711 3902-42449</p> <p>Zum Planentwurf bestehen bei verbindlicher und ordnungsgemäßer Durchführung sämtlicher vorgeschlagener Maßnahmen keine Bedenken.</p> <p>1. <u>Artenschutz</u></p> <p>Die unter Punkt II. 7.4 des Textteils vom 11.12.2019 beschriebenen Maßnahmen sind zwingend, wie beschrieben, durchzuführen.</p> <p>Sollten Tiere im nicht räumlich-funktionalen Zusammenhang umgesiedelt werden müssen, ist gegebenenfalls eine Ausnahme nach § 45 Absatz 7 Bundesnaturschutzgesetz durch die höhere Naturschutzbehörde — das Regierungspräsidium Stuttgart erforderlich. Sollten Tiere mittels Schlinge umgesetzt werden, ist eine Ausnahme der Verbote der Bundesartenschutzverordnung notwendig (zuständig ist ebenfalls die höhere Naturschutzbehörde). Aus den genannten Gründen ist die genaue Verortung der Ersatzflächen zwingend notwendig. Die Flächen müssen vor Beginn der Umsetzung der Tiere in vollem Umfang funktionsfähig sein.</p> <p>Der Zeitraum für die Rodung/ Baufeldräumung (vergleiche Punkt IV.9.3 des Textteils vom 11.12.2019) liegt generell zwischen 1.Oktober und <u>28.Februar</u>.</p> <p>Für Bereiche mit Habitateignung für die Zauneidechse darf laut artenschutzrechtlichem Gutachten die Baufeldräumung erst nach Ende der Winterruhe im März stattfinden; motormanuelle Rodung ist auch im Winter möglich.</p> <p>Die Ausgleichsflächen für das Nahrungshabitat des Bluthänflings sind im geplanten Umfang ausreichend. Es wird darauf hingewiesen, dass die Fläche des Biotops „Magerrasen im Gewann Reudem-Aspach bei Nürtingen“ (173221161941) von den Maßnahmen für Zauneidechsen und Bluthänfling ausgenommen werden muss.</p> <p>Die Monitoring-Berichte sind der unteren Naturschutzbehörde unaufgefordert vorzulegen.</p> <p>2. <u>Umweltverträglichkeits-Vorprüfung</u></p> <p>Diese ergibt keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt und wird akzeptiert.</p> <p>3. <u>Natura 2000-Vorprüfung</u></p> <p>Die Natura 2000- Vorprüfung ist erfolgt und ist nicht zu beanstanden.</p>	<p>Zu 1. Artenschutz:</p> <p>Die Maßnahmen zum Artenschutz sind wie bereits im Bebauungsplan festgesetzt unter Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde umzusetzen. Dabei sind artenspezifische Handlungszeiträume zu berücksichtigen. Die Hinweise aus dem zweiten Absatz der Stellungnahme werden redaktionell in den Textteil übernommen. Der korrekte Rodungszeitraum aus dem 3. Absatz sowie der Hinweis des 4. Absatzes werden in die Hinweise in Teil IV des Textteiles redaktionell übernommen. Der amtlich kartierte Biotop Nr. 173221161941 ist gemäß B.2.1 als zu erhalten festgesetzt; Artenschutz- oder andere Maßnahmen sind darin nicht vorgesehen.</p>	<p><u>Redaktionelle Ergänzung</u></p>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
	<p>4. <u>Grünordnungsplan</u></p> <p>Es wird angemerkt, dass beim Eintrag „Baum zu pflanzen“ einige mit Pflanzbindung vorhandene Bäume enthalten sind. Um Korrektur wird gebeten.</p> <p>5. <u>Eingrünung</u></p> <p>Bei der Pflanzvorgabe für Bäume (Punkt II.6.1 des Textteils vom 11.12.2019) sind standortgerechte <u>Laubbäume</u> zu pflanzen. Für die Südseite (Punkt II.6.2 des Textteils vom 11.12.2019) können beispielsweise unter anderem Wildkirsche (<i>Prunus avium</i>) und Wildbirne (<i>Pyrus pyraeaster</i>) empfohlen werden.</p> <p>Mit Pflanzbindung versehene Gehölze sowie das Biotop und die weitere Mager- rasenfläche sind während baulicher Eingriffe gegen Beeinträchtigungen zu schützen.</p> <p>Unter Beachtung der genannten Punkte kann dem Bebauungsplanentwurf zu- gestimmt werden.</p>	<p>Zu 4. Grünordnungsplan Die Darstellung wird redaktionell ange- passt.</p> <p>Zu 5. Eingrünung II.6.1 und II.6.2 werden um genannte Bei- spiele redaktionell ergänzt</p>	<p><u>Redaktionelle Ergän- zung</u></p>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
I.11 LRA Esslingen Schreiben vom 24.09.2020	III. <u>Gewerbeaufsicht</u> Herr Tobias Bareiss, Tel. 0711 3902-41407 Unter Hinweis auf die Stellungnahme vom 15.07.2020 bestehen weiterhin keine Bedenken zum Planentwurf.		<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
I.11 LRA Esslingen Schreiben vom 24.09.2020	IV. <u>Landwirtschaft</u> Frau Lisa-Maria Guhs, Tel. 0711 3902-43634 Im Planbereich des rechtskräftigen Bebauungsplans aus dem Jahr 1980 befindet sich im südwestlichen Bereich eine landwirtschaftlich genutzte Fläche, die aktuell als Grünland genutzt wird. Im Zuge der aktuell zu beurteilenden Bebauungsplanänderung hat sich die Größe der Fläche nicht verändert. Es bestehen keine agrarstrukturellen Bedenken.		<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor-schlag
<p>I.11 LRA Esslingen</p> <p>Schreiben vom 24.09.2020</p>	<p>V. <u>Gesundheitsamt</u> Herr Stefan Gertling, Tel. 0711 3902-41630</p> <p><u>Lärm</u></p> <p>Laut des immissionsschutztechnischen Gutachtens des Sachverständigenbüros Hooch & Partner (NTG-5134-01; 19.12.2019) sind zwei schalltechnische Konflikte gegeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> ° Der nächtliche Fahrverkehr des Klinikums, der an den Wohnhäusern erster Baureihe (exemplarisch: Wohnhaus Säerstraße 24, Flurstück-Nummer 1509) zu einer prognostizierten Überschreitung des Immissionsgrenzwertes der sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes — 16. BImSchV (Verkehrslärmschutzverordnung) für reine Wohngebiete um bis zu 6 dB(A) führt. ° Die Nutzung der beiden Stellplatzflächen im Osten des Geltungsbereichs, die an den Immissionsorten des unmittelbar benachbarten Personalwohnheims und der Pflegeschule (Flurstück-Nummer 2139) zu einer Überschreitung des Nacht-Immissionsrichtwertes um bis zu 6 dB(A) führt. <p>Der Gutachter schlägt vor, beide Konfliktsituationen durch verhältnismäßige organisatorische und/ oder technische Auflagen (zum Beispiel Nutzungseinschränkung) zu lösen. Die Effizienz der Auflagen sollte messtechnisch geprüft werden. Sollten organisatorische/ technische Auflagen nicht dauerhaft zur Einhaltung der nächtlichen Grenz-/ Richtwerte führen, sollte aus Sicht des Gesundheitsamtes aus gesundheitsvorsorglichen Gründen die Umsetzung passiver Schallschutzmaßnahmen (beispielsweise Schallschutzfenster etc.) in Erwägung gezogen werden.</p> <p>In Bezug auf die Lärmproblematik wird darauf hingewiesen, dass gesundheits-schädliche Lärmwirkungen selbst unterhalb der Grenzwerte gesetzlicher Regelwerke, wie zum Beispiel der BImSchV, TA Lärm etc. und auch unterhalb der schalltechnischen Orientierungswerte für die städtebauliche Planung des Beiblattes 1 zu DIN 18005 auftreten¹. Chronische Lärmbelastungen können eine Reihe von nachteiligen Auswirkungen auf die Lebensqualität und die Gesundheit haben. Es ist zudem lärmmedizinisch belegt, dass Pegelunterschiede auch kleiner 3 dB(A) vom Menschen wahrgenommen werden und zu Gesundheitsbeeinträchtigungen führen können².</p>	<p>Die Effizienz der organisatorischen Maßnahmen soll nach deren Durchführung im Sinne eines Monitorings gemäß § 4c Satz 2 BauGB messtechnisch geprüft werden. Erforderlichenfalls sind passive Schallschutzmaßnahmen zu erwägen. Die Begründung Kap. VIII.1.1 wird entsprechend ergänzt.</p>	<p><u>Kenntnisnahme</u></p>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
	<p>Lärminderungsmaßnahmen, die dazu dienen, bereits bestehende und neu entstehende Lärmimmissionen auf die Orientierungswerte der DIN 18005 beziehungsweise auf die Grenzwerte der entsprechenden gesetzlichen Regelwerke abzusenken oder diese sogar auf Immissionswerte unterhalb der gesetzlichen Mindestanforderungen weiter zu reduzieren, sind aus gesundheitsvorsorglicher Sicht daher sinnvoll und hinsichtlich des Gesundheitsschutzes Erfolg versprechend. Deshalb sollte besonders auf Lärmreduzierung beziehungsweise -vermeidung, auch über das gesetzlich geforderte Maß hinaus, geachtet werden.</p> <hr/> <p>¹ Sondergutachten des SRU, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/2300, Nr. 441. ff., S. 177 ff., 15.12.1999 ² Richtigstellung des Umweltbundesamtes (UBA), Titel: Sind 3 dB wahrnehmbar? Januar 2004</p>		


Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
I.11 LRA Esslingen Schreiben vom 24.09.2020	<p>VI. <u>Amt für Geoinformation und Vermessung</u> Frau Sabrina Steimer, Tel. 0711 3902-41315</p> <p>Es besteht eine vollständige Übereinstimmung mit dem Liegenschaftskataster innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans.</p> <p>Bezüglich Quellenangabe und Copyrightvermerk auf dem zeichnerischen Teil des Bebauungsplans wird auf die Anlage 1 Nummer 4 der Rahmenvereinbarung Geobasisinformationen zwischen dem Land Baden-Württemberg und den Städten und Gemeinden verwiesen und um Beachtung beziehungsweise Nachtrag (mit Monat und Jahresangabe) gebeten.</p> <p>Es wird empfohlen, den Planentwurf insofern zu ergänzen.</p>	<p>Der Bebauungsplanentwurf (Planzeichnung) wird wie folgt redaktionell ergänzt um den Copyrightbestimmungen zu entsprechen:</p> <p>Die Flurstücke, ihre Grenzen und ihre Bezeichnungen stimmen mit dem Liegenschaftskataster überein. Grundlage: ALK Stand: 03.02.2020 © LGL Baden-Württemberg (www.lgl-bw.de) Az.: 2851.9-3/696</p>	<u>Redaktionelle Ergänzung</u>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
I.11 LRA Esslingen Schreiben vom 24.09.2020	<p>VII. <u>Straßenbauamt</u> Frau Ariane Humpf, Tel. 0711 3902-41151</p> <p>Das Plangebiet befindet sich an der Außenstrecke der Bundesstraße B 297 in Nürtingen.</p> <p>Vom Straßenbauamt werden aus betrieblicher Sicht gegen den Bebauungsplanentwurf keine grundsätzlichen Einwendungen oder Bedenken erhoben. Es wird jedoch gebeten, die in § 22 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg definierten öffentlichen Belange zu beachten.</p> <p>Nachdem das Plangebiet die B 297 tangiert und es sich hierbei um eine klassifizierte Straße in der Baulast des Bundes handelt, sollte auch das Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 42 angehört werden.</p>	Keine Anregungen, Hinweise oder Bedenken. Das Referat 42 des Regierungspräsidiums war an der Auslegung beteiligt.	<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
I.11 LRA Esslingen Schreiben vom 24.09.2020	VIII. <u>Nahverkehr/ Infrastrukturplanung</u> Herr René Lukas, Tel. 0711 3902-43818 Wegen der räumlichen Nähe des Plangebiets zur Haltestelle "Nürtingen medius Klinik" bestehen gegen die dargestellten Planungen keine Einwände.		<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
<p>I.11 LRA Esslingen</p> <p>Schreiben vom 24.09.2020</p>	<p>IX. <u>Katastrophenschutz/ Feuerlöschwesen</u> Herr Guido Kenner, Tel. 0711 3902-42124</p> <p>1. <u>Löschwasserversorgung</u></p> <p>Der Löschwasserbedarf ist in der vorliegenden Fassung der Begründung ausreichend dargestellt.</p> <p>2. <u>Flächen für die Feuerwehr</u></p> <p>Flächen für die Feuerwehr sind gemäß den Anforderungen der Verwaltungsvorschrift (VwV) Feuerwehrflächen und § 2 der Ausführungsverordnung zur Landesbauordnung Baden-Württemberg vorzusehen.</p> <p>Die fahrbahnbegleitende Bepflanzung und Stellplatzanordnung darf den für Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr erforderlichen lichten Raum nicht einschränken. Dies gilt sowohl für den geradlinigen Verlauf der Zufahrten für die Feuerwehr</p> <p>als auch innerhalb der Kurven, die in der nach Bild 1 VwV Feuerwehrflächen erforderlichen Breite freizuhalten sind.</p> <p>Zwischen den anzuleitenden Stellen und den Stellflächen dürfen sich keine Hindernisse (zum Beispiel Bäume, Sträucher, bauliche Anlagen, Beleuchtungen, Einfriedungen, Aufschüttungen, Gräben, Mauern usw.) befinden, da sie den Einsatz des Rettungsgerätes behindern oder gegebenenfalls nicht möglich machen.</p> <p>Um Berücksichtigung im Planentwurf wird gebeten.</p>	<p>Zu 1. Löschwasserversorgung Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zu 2. Flächen für die Feuerwehr Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Prüfung erfolgt im Rahmen des Genehmigungsverfahrens.</p>	<p><u>Kenntnisnahme</u></p>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
<p>I.11 LRA Esslingen</p> <p>Schreiben vom 24.09.2020</p>	<p>X. <u>Abfallwirtschaftsbetrieb</u> Frau Angelika Schnizler, Tel. 0711 3902-43840</p> <p>Das Plangebiet ist über die „Säerstraße“, die „Albert Schöffle-Straße“ (nordöstlicher Ast) sowie die Straße „Auf dem Säer“ erschlossen.</p> <p>Laut den Unterlagen ist keine Änderung des bestehenden Straßennetzes geplant.</p> <p>Angrenzend an den Geltungsbereich befindet sich ein Glascontainerstandort (Auf dem Säer, Parkplatz beim Krankenhaus). Sollte die Zufahrt und Nutzung während der Bauzeit beeinträchtigt werden, wird eine vorübergehende Verlegung des Standorts notwendig.</p> <p>Ergänzend hier noch die allgemeinen Festlegungen zur Abfallentsorgung: Die bereitgestellten Behälter müssen für die Müllabfuhr anfahrbar und frei zugänglich sein. Die Abholung muss ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust möglich sein, daher ist diese von entfernt liegenden Stellplätzen leider nicht möglich. Hierbei sollte berücksichtigt werden, dass auf Grund der wöchentlichen Biomüllabfuhr in den Sommermonaten bis zu drei Abfallarten gleichzeitig bereitgestellt werden müssen.</p> <p>Fahrstraßen ohne Gegenverkehr und ohne Haltebuchten sollten bei geradem Verlauf eine Mindestbreite von 3,55 m aufweisen. Dies ergibt sich aus der maximalen Fahrzeugbreite von 2,55 m und einem Seitenabstand von je 0,5 m. Gerade Verkehrswege mit Gegenverkehr müssen mindestens 4,75 m Breite aufweisen. Die wichtigsten Grundlagen sind die „Sicherheitstechnischen Anforderungen an Straßen und Fahrwege für die Sammlung von Abfällen“ DGUV 214-033, der DGUV 114-601 „Branche Abfallwirtschaft, Teil 1 Abfallsammlung“, die RAS 06 „Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (bitte Berücksichtigung, dass ein Wendehammer für Fahrzeuge >10 m entsprechend größer angelegt werden muss) und der Aufsatz „Stadtplanung und Abfallwirtschaft“ aus den VKS-News von 09/2004.</p>	<p>Die Prüfung erfolgt im Rahmen des Genehmigungsverfahrens.</p>	<p><u>Kenntnisnahme</u></p>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
<p>I.12 Regierungsprä- sidium Stuttgart Abt. 4, Straßen- wesen und Ver- kehr</p> <p>Schreiben vom 28.09.2020</p>	<p>Az. <u>42-2511-2-ES/zu 407</u></p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>in der Anlage wird Ihnen die Stellungnahme der Abteilung 4 des Regie- rungspräsidiums Stuttgart zu dem oben genannten Verfahren übersandt.</p> <p>Bei Fragen können Sie sich gerne telefonisch oder per E-Mail melden.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Karsten Grothe</p>  <p>Regierungspräsidium Stuttgart Referat 42 - Steuerung und Bau Finanzen, Vertrags- und Verdingungswesen Industriestraße 5 70565 Stuttgart</p>	<p>Zu luftrechtliche Auflagen: Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zu straßenrechtliche Anlagen: Wird zur Kenntnis genommen.</p>	<p><u>Kennntnisnahme</u></p>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
	<p>Anhang:</p> <p>Sehr geehrte Frau Mattheus, sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>vielen Dank für die Beteiligung an dem oben genannten Verfahren. Das Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung 4 Straßenwesen und Verkehr, nimmt zu dem geplanten Vorhaben Stellung.</p> <p>Dem oben aufgeführten Vorhaben kann von hier aus zugestimmt werden, wenn folgende Auflagen berücksichtigt werden.</p> <p><u>luftrechtlich</u></p> <p>Zunächst verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 14.07.2020. Hier hat die Deutsche Flugsicherung zwischenzeitlich geantwortet, jedoch sind wir hier die maßgebende zuständige genehmigende Behörde.</p> <p><u>straßenrechtlich</u></p> <p>Sind durch die geplante Bebauung bauliche Änderungen am bestehenden Knotenpunkt der Bundesstraße B 297 / Auf dem Säer - z.B. in Form von einer Signalisierung des Knotenpunktes - erforderlich, sind die Kosten vom Antragsteller zu tragen.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass sämtliche Lärmschutzmaßnahmen Sache des Antragstellers sind.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>gez. Karsten Grothe</p>		

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
<p>I.13 Regierungsprä- sidium Stuttgart Abt. 5 Umwelt</p> <p>Schreiben vom 29.09.2020</p>	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zu dem im Betreff genannten Bauleitplanverfahren verweist die Ab- teilung 5 – Umwelt des Regierungspräsidiums Stuttgart auf die be- reits abgegebene Stellungnahme vom 17.07.2020. Diese füge ich in der Anlage nochmals bei.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Birgit Müller</p> <p>Regierungspräsidium Stuttgart Referat 51 – Recht und Verwaltung Ruppmannstr. 21 70565 Stuttgart</p> <p>Telefon: +49 711 904-15117 Telefax: +49 711 904-15090 E-Mail: birgit.mueller@rps.bwl.de Internet: www.rp-stuttgart.de</p> <p>Anhang: (siehe Stellungnahme Entwurf)</p>		<p><u>Kenntnisnahme</u></p>

Nr. Behörde	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
I.14 Gemeinde Wolfschlungen Schreiben vom 30.09.2020	Sehr geehrter Herr Spörl, wir danken für die Beteiligung. Die Gemeinde Wolfschlugen ist von der Planung nicht betroffen, deshalb machen wir keine Anregungen und Bedenken geltend. Mit freundlichen Grüßen M. Göppinger		<u>Kenntnisnahme</u>

II. Private

Nr. Privat	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor-schlag
II.1 Sammelvordruck (40-mal) Schreiben vom 24.09.2020 25.09.2020 28.09.2020	<p>Bebauungsplan "Sondergebiet auf dem Säer" 2. Änderung mit Satzung über örtliche Bauvorschriften im Planbereich 107.01 in Nürtingen</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, zum Bebauungsplan "Sondergebiet Säer" 2. Änderung nehme ich wie folgt Stellung. Gegen den Entwurf des Bebauungsplans erhebe ich folgende Einwände: Der Bebauungsplan soll so geändert werden, dass anfallendes Niederschlagswasser über eine mindestens 30 cm mächtige durchwurzelbare Bodenschicht versickert wird. Damit sollen Oberflächenabflüsse als Hochwasserursache minimiert und gleichzeitig ein Beitrag zur Rückhaltung von Wasser in der Landschaft für mit dem Klimawandel häufigere Dürrephasen geleistet werden.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen,</p>	<p>Nach Aussage des mit der Vorhabenplanung befassten Bodengutachters ist der anstehende Boden im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans nicht ausreichend versickerungsfähig. Er schrieb am 22.06.2020:</p> <p>Sehr geehrter [REDACTED]</p> <p>wir raten von einer solchen Rigole an diesem Standort ab.</p> <p>Die Böden sind gering durchlässig und damit für den Sinn einer Rigole - nämlich Wasser im Untergrund versickern und dem Grundwasserleiter zuführen - eigentlich nicht geeignet.</p> <p>Es wird dennoch Wasser aus der Rigole in den Untergrund gelangen und dann unkontrolliert im anschließenden Hangbereich austreten. Das kann zu unschönen Erscheinungen wie zu. B Vernässungen führen, u. U. aber auch die Hangstabilität beeinträchtigen. Auch wenn die Wohnbebauung ziemlich weit weg ist, sollte man das nicht riskieren.</p> <p>Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Dipl.-Geol. Karsten Eichstädt</p> <p>VEES PARTNER Prof. Dr.-Ing. E. Vees und Partner Baugrundinstitut GmbH Friedrich-List-Straße 42 70771 Leinfelden-Echterdingen</p> <p>Eine Entwässerungsplanung in Form eines Entwässerungsplans wird im Rahmen des Genehmigungsverfahrens erstellt. Gemäß den Aussagen des Landratsamtes und des Bodengutachters kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht von einer Versickerungsfähigkeit des Bodens ausgegangen werden. Um</p>	<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
		<p>so viel anfallendes Regenwasser wie möglich zurückhalten zu können oder zur Verdunstung zu bringen, wurden im Rahmen des Bebauungsplanes bereits folgende Maßnahmen festgesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none">- Die Versiegelung des Sondergebietes wird beschränkt durch die festgesetzte Baugrenze sowie die verhältnismäßig geringe Grundflächenzahl von 0,5 (keine Änderung zum rechtskräftigen Bebauungsplan)- Zudem wurde festgesetzt, dass Stellplätze versickerungsfähig zu gestalten sind.- Die Flachdächer des Klinikums sind zu begrünen. Dies dient dem Rückhalt von anfallendem Niederschlagswasser, ein Teil des Wassers evaporiert und muss nicht abgeführt werden.- Der Bebauungsplan sieht das Anlegen von Pflanzflächen und Artenschutzmaßnahmen vor, welche ebenfalls dem Rückhalt (sofern aufgrund der Bodenverhältnisse möglich) dienen.	

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
II.2 Bürger 1 Schreiben vom 25.09.2020	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zum Bebauungsplan "Sondergebiet Säer" 2. Änderung nehme ich wie folgt Stellung.</p> <p>Gegen den Entwurf des Bebauungsplans erhebe ich folgende Einwände:</p> <p>Der Bebauungsplan soll so geändert werden, dass anfallendes Niederschlagswasser über eine mindestens 30 cm mächtige durchwurzelbare Bodenschicht versickert wird. Damit sollen Oberflächenabflüsse als Hochwasserursache minimiert und gleichzeitig ein Beitrag zur Rückhaltung von Wasser in der Landschaft für mit dem Klimawandel häufigere Dürrephasen geleistet werden.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p>	Siehe Abwägungstext II.1	<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor-schlag
<p>II.3 Bürger 2</p> <p>Schreiben vom 28.09.2020</p>	<p>Bebauungsplan "Sondergebiet auf dem Säer" 2. Änderung mit Satzung über örtliche Bauvorschriften im Planbereich 107.01 in Nürtingen</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zum Bebauungsplan "Sondergebiet Säer" 2. Änderung nehme ich wie folgt Stellung.</p> <p>Ich erhebe gegen den Entwurf des Bebauungsplans die folgenden Einwände:</p> <p>Als Beitrag zur Sicherung des natürlichen Wasserhaushalts auf dem Gebiet der Stadt Nürtingen ist es erforderlich, die natürlichen Potentiale der Böden des Plangebiets als hoch bis sehr hoch leistungsfähige Ausgleichskörper im Wasserkreislauf entsprechend VIII.1.3 - Begründung des Planentwurfs zu nutzen,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. um dort Oberflächenabflüsse aus Niederschlägen und damit eine wesentliche Ursache der Entstehung von Hochwasser durch Versickerung zu minimieren und gleichzeitig 2. einen Beitrag zur verstärkten Rückhaltung von Wasser in der Landschaft für mit dem Klimawandel häufiger werdende Dürrephasen zu leisten, <p>Dies soll geschehen, indem durch entsprechende Festsetzungen insbesondere von</p> <ol style="list-style-type: none"> a. Versickerungsflächen nach § 9 Abs.1 Nr. 14 BauGB und von b. Maßnahmen und Flächen zur Vermeidung oder Verringerung von Schäden durch Starkregen nach § 9 Abs. 1 Nr. 16 c und d BauGB, sowie von c. Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung des Bodens als Ausgleichkörper im Wasserkreislauf und Teil des Naturhaushalts nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB <p>mit dem BBP das erforderliche Baurecht geschaffen wird, damit der Landkreis die Pflichten nach den § 5 Abs. 1 Nr. 4 und § 55 Abs. 2 WHG erfüllen kann. Der Bebauungsplan soll damit entsprechend der Stellungnahme des Landratsamtes Esslingen sicherstellen, dass das "Niederschlagswasser über eine mindestens 30 cm mächtige Bodenschicht versickert" wird.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p>	<p>Siehe Abwägungstext II.1</p>	<p><u>Kenntnisnahme</u></p>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor-schlag
II.4 Bürger 3 Schreiben vom 28.09.2020 + 13.02.2020	<p>Schreiben 13.02.2020</p> <p><u>Anliegen:</u></p> <p>Die allseits für notwendig und sinnvoll erachteten Erweiterungen des Krankenhauses sollen durch eine fehlerhafte Bauleitplanung nicht verzögert werden.</p> <p>Die Stadt Nürtingen sollte die bauplanungsrechtlichen Möglichkeiten nutzen und so darauf hinwirken, dass im Plangebiet</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die natürlichen Potenziale der Böden des Plangebiets genutzt werden, um dort Oberflächenabflüsse aus Niederschlägen und damit eine wesentliche Ursache der Entstehung von Hochwasser zu minimieren und gleichzeitig 2. einen Beitrag zur verstärkten Rückhaltung von Wasser in der Landschaft für häufiger werdende Dürrephasen zu leisten, <p>sowie den Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplan <u>vor</u> der öffentlichen Auslegung entsprechend anpassen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Böden des Plangebiets sind hoch bis sehr hoch leistungsfähige Ausgleichskörper im Wasserkreislauf (VIII.1.3). <p>Das heißt, diese Böden sind von Natur aus in der Lage zugeführtes Wasser gut bis sehr gut aufzunehmen und zu speichern, bzw. verzögert wieder abzugeben. (Leitfaden des Umweltministeriums zur „Bewertung von Böden nach ihrer Leistungsfähigkeit“, 1995). Geeignete, vielerorts bereits praktizierte ertüchtigende Maßnahmen können dieses Leistungsvermögen sogar noch über das natürliche Maß hinaus erheblich steigern.</p> <p>Die weiteren andersartigen Bewertungen, die an verschiedenen Stellen des Entwurfs (beispielsweise Begründung VI.2.), einschließlich der Abwägung von „kaum“ oder gar „nicht</p>	Siehe Abwägungstext II.1.	<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
	<p>versickerungsfähigen“ Böden sprechen, sind nicht nur problematisch, weil sie nachweislich falsch sind. Würde eine Abwägung des Vorschlags des Amts für Wasserwirtschaft und Bodenschutz nämlich weiterhin mit „nicht versickerungsfähigen Böden“ begründet, entstünde ein Abwägungsfehler. Er würde das Vorhaben ggf. unerwünscht verzögern.</p> <p>Da die Böden im Plangebiet hoch bis sehr hoch versickerungsfähig und sogar speicherfähig sind, bleibt angesichts des Vorrangs der Versickerung, Verrieselung oder Direkteinleitung in ein Gewässer, bleibt hier nur die Versickerung, um die Pflicht nach § 55 WHG zu erfüllen, da eine Direkteinleitung im Plangebiet mangels Gewässer nicht möglich ist.</p> <p>Die Begründung in der Abwägung dafür, weshalb die Festsetzung von Flächen für Versickerung nicht erforderlich sei, geht insoweit ins Leere, da keine sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften oder wasserwirtschaftlichen Belange i.S. von § 55 abs. 2 WHG entgegenstehen. Es bleibt also eindeutig beim Vorrang der Versickerung, weil Ersatz dieser durch Ableitung nicht zulässig ist.</p> <p>2. An einer Minimierung von Hochwasser erzeugenden Oberflächenabflüssen durch Versickerung und an einem damit verbundenen Zurückhalten von Niederschlagswasser in der Landschaft (Reserve für Dürrephasen) als Teil eines notwendigen Managements zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen besteht für Nürtingen hohes städtebauliches Interesse. Das gilt insbesondere auch mit Blick auf das offenbar zunehmende Starkregenrisiko.</p> <p>3. Die Bereitschaft, wenn nicht gar das Interesse des Landkreises als Bauherr/Investor ist nicht nur deshalb zu erwarten, weil das <u>Landratsamt</u> entsprechende Versickerungsmaßnahmen vorschlägt. Der Landkreis ist auch nach §§ 5 Abs. 1 Nr. 4. und 55 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz seit 01.03.2010 verpflichtet, Sorgfalt anzuwenden, um eine Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses zu vermeiden und Niederschlagswasser zu versickern, zu verrieseln...</p> <p>Die Möglichkeiten diese Pflichten einzuhalten, muss ihm dieser Bebauungsplan der Stadt Nürtingen einräumen.</p> <p>Fazit und Vorschlag:</p> <p>1. Dem Landkreis ist durch entsprechende Festsetzungen insbesondere von</p> <ol style="list-style-type: none"> Versickerungsflächen nach § 9 Abs.1 Nr. 14 und von Maßnahmen und Flächen zur Vermeidung oder Verringerung von Schäden durch Starkregen nach § 9 Abs. 1 Nr. 16 c und d, sowie von Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung des Bodens als Ausgleichkörper im Wasserkreislauf und Teil des Naturhaushalts nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 mit dem BBP das erforderliche Baurecht zu schaffen, <u>um</u> die Pflichten nach den § 5 Abs. 1 Nr. 4 und § 55 Abs. 2 WHG erfüllen zu können. <p>2. Die fehlerhaften Formulierungen Entwurf einschließlich der Abwägung sollten korrigiert und angepasst werden.</p>		

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
	<p>Schreiben 28.09.2020</p> <p>Bebauungsplanverfahren „Sondergebiet auf dem Säer“ 2. Änderung Stellungnahme</p> <p><u>Anliegen:</u></p> <p>Die allseits für notwendig und sinnvoll erachteten Erweiterungen des Krankenhauses sollen durch eine fehlerhafte Bauleitplanung nicht verzögert werden.</p> <p>Die Stadt Nürtingen sollte die bauplanungsrechtlichen Möglichkeiten nutzen und so darauf hinwirken, dass im Plangebiet</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die natürlichen Potenziale der Böden des Plangebiets genutzt werden, um dort Oberflächenabflüsse aus Niederschlägen und damit eine wesentliche Ursache der Entstehung von Hochwasser zu minimieren und gleichzeitig 2. einen Beitrag zur verstärkten Rückhaltung von Wasser in der Landschaft für mit dem Klimawandel häufiger werdende Dürrephasen zu leisten, <p>sowie den Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans entsprechend anpassen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Böden des Plangebiets sind hoch bis sehr hoch leistungsfähige Ausgleichskörper im Wasserkreislauf, siehe Begründung VIII.1.3 des BBP-Entwurfs. <p>Das heißt, diese Böden sind von Natur aus in der Lage zugeführtes Wasser gut bis sehr gut aufzunehmen und zu speichern oder verzögert wieder abzugeben. (Leitfaden des Umweltministeriums zur „Bewertung von Böden nach ihrer Leistungsfähigkeit“, 1995). Geeignete, vielerorts bereits praktizierte ertüchtigende Maßnahmen können dieses Leistungsvermögen sogar noch über das natürliche Maß hinaus erheblich steigern.</p> <p>Die weiteren andersartigen Bewertungen, die an verschiedenen Stellen des Entwurfs (beispielsweise Begründung VI.2.), einschließlich der Abwägung von „kaum“ oder gar „nicht versickerungsfähigen“ Böden sprechen, sind nicht nur problematisch, weil sie nachweislich falsch sind. Würde eine Abwägung des Vorschlags des Amts für Wasserwirtschaft und Bodenschutz nämlich weiterhin mit „nicht versickerungsfähigen Böden“ begründet, entstünde ein Abwägungsfehler. Er würde das Vorhaben ggf. unerwünscht verzögern.</p> <p>Da die Böden im Plangebiet hoch bis sehr hoch versickerungsfähig und sogar speicherfähig sind,</p>		

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
	<p>bleibt angesichts des Vorrangs der Versickerung, Verrieselung oder Direkteinleitung in ein Gewässer hier nur die Versickerung, um die Pflicht nach § 55 WHG zu erfüllen, da eine Direkteinleitung im Plangebiet mangels Gewässer nicht möglich ist.</p> <p>Die Begründung in der Abwägung dafür, weshalb die Festsetzung von Flächen für Versickerung nicht erforderlich sei, geht insoweit ins Leere, da keine sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften oder wasserwirtschaftlichen Belange i.S. von § 55 Abs. 2 WHG entgegenstehen. Es bleibt also eindeutig beim Vorrang der Versickerung, weil Ersatz dieser durch Ableitung nicht zulässig ist.</p> <p>2. An einer Minimierung von Hochwasser erzeugenden Oberflächenabflüssen durch Versickerung und an einem damit verbundenen Zurückhalten von Niederschlagswasser in der Landschaft (Reserve für Dürrephasen) als Teil eines notwendigen Managements zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen besteht für Nürtingen hohes städtebauliches Interesse. Das gilt insbesondere auch mit Blick auf das offenbar zunehmende Starkregenrisiko.</p> <p>3. Die Bereitschaft, wenn nicht gar das Interesse des Landkreises als Bauherr/Investor ist nicht nur deshalb zu erwarten, weil das Landratsamt entsprechende Versickerungsmaßnahmen vorschlägt. Der Landkreis ist auch nach §§ 5 Abs. 1 Nr. 4. und 55 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz seit 01.03.2010 verpflichtet, Sorgfalt anzuwenden, um eine Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses zu vermeiden und Niederschlagswasser zu versickern, zu verrieseln...</p> <p>Die Möglichkeiten diese Pflichten einzuhalten, muss ihm dieser Bebauungsplan der Stadt Nürtingen einräumen.</p> <p>Fazit und Vorschlag:</p> <p>1. Dem Landkreis ist durch entsprechende Festsetzungen insbesondere von</p> <ol style="list-style-type: none"> Versickerungsflächen nach § 9 Abs.1 Nr. 14 und von Maßnahmen und Flächen zur Vermeidung oder Verringerung von Schäden durch Starkregen nach § 9 Abs. 1 Nr. 16 c und d, sowie von Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung des Bodens als Ausgleichkörper im Wasserkreislauf und Teil des Naturhaushalts nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 mit dem BBP das erforderliche Baurecht zu schaffen, um die Pflichten nach den § 5 Abs. 1 Nr. 4 und § 55 Abs. 2 WHG erfüllen zu können. <p>2. Die fehlerhaften Formulierungen im Entwurf einschließlich der Abwägung sollten korrigiert und angepasst werden.</p>		

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor-schlag
II.5 Bürger 4 Schreiben vom 29.09.2020	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>gegen den Entwurf des Bebauungsplans habe ich folgende Bedenken und Anregungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Das im Baugebiet anfallende Niederschlagswasser soll zurückgehalten und vor Ort versickern. Es muss verhindert werden, dass das Oberflächenwasser über die Kanalisation dem Saubach bzw. Neckar zugeführt wird. 2. Es soll dargelegt werden, welche Menge an Schmutzwasser der Kläranlage zugeführt wird und ob die Kanalisation und die Reinigungsstufe der Kläranlage ausreichend ist. 3. Die Flächenversiegelung durch ebenerdige Parkplätze ist zu verhindern. Stattdessen sollte das bestehende Parkhaus um mindestens 2 Parkdecks erhöht werden und dadurch die versiegelte Fläche wieder entsiegelt werden. 4. Für das Parkhaus und die geplanten Gebäude sollte ein Photovoltaikdach zwingend vorgeschrieben und den SWN zur Nutzung übergeben werden. 5. Die im Umfeld des Baugebietes bestehenden Wohnstraßen sind vom Parkierungsverkehr des Krankenhauses bzw. der Schulen freizuhalten. 6. Der Bau der geplanten Kindertagesstätte sollte zwingend vorgeschrieben werden. Es ist offenzulegen, wieviele Mütter und Väter mit Kindern unter 6 Jahren in der Mediusklinik Nürtingen beschäftigt werden und wo diese Kinder bisher untergebracht sind. <p>Mit freundlichen Grüßen</p>	<p>Zu 1.: siehe Abwägungstext II.1</p> <p>Zu 2.: Die abwassertechnische Erschließung innerhalb des Plangebietes erfolgt im Trennsystem. Zur Entsorgung des Schmutzwassers wird nach derzeitiger Erkenntnis an den bestehenden Mischwasserkanal im Süden des Plangebietes angeschlossen (siehe Bebauungsplan). Dieser ist für die Ableitung des Schmutzwassers ist für das Plangebiet aktuell noch ausreichend. Für zukünftige Entwicklungen ist sie jedoch im Zuge der vorhabenbegleitenden Entwässerungsplanung noch auf die Leistungsfähigkeit zu prüfen und weiter zu entwickeln. Allerdings werden durch die vorliegende Planung nicht wesentlich mehr abwasserrelevante Baumöglichkeiten geschaffen als nach rechtskräftigem Bebauungsplan möglich, da sich weder die Baugebietsgröße noch die festgesetzte Grundflächenzahl ändern.</p> <p>Zu 3.: Der Bebauungsplan lässt den Bau von Parkhäusern zu. Parkhäuser sind mit bis zu 11,5 Metern Wandhöhe (z.B. 3 überdachte Parkgeschosse + 1 nicht überdacht) und dabei auch Stellplätzen auf der obersten Ebene und einer dafür erforderlichen Brüstungshöhe als zulässig festgesetzt; ein eventuelles Dach wäre (soweit nicht als offenes Parkgeschoss ausgebildet) zu begrünen. Damit kann einerseits eine höhenmäßige Staffelung der Gebäude hin zu den Außenrändern, andererseits</p>	<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor-schlag
		<p>eine möglichst umweltschonende Unterbringung des ruhenden Verkehrs gewährleistet werden.</p> <p>Bestehende Stellplätze genießen Bestandsschutz.</p> <p>Stellplätze außerhalb von Gebäuden sind wasserdurchlässig zu gestalten.</p> <p>Eine Flächenversiegelung durch Kfz-Stellplätze kann somit möglichst weitgehend vermieden werden.</p> <p>Zu 4.: Die Möglichkeit zur Anbringung von Photovoltaikanlagen auf Dachflächen besteht und wird durch den Bebauungsplan somit nicht verhindert.</p> <p>Zu 5.: Die verkehrsrechtliche Regelung des Parkierungsverkehrs ist nicht Gegenstand des Bauleitplanverfahrens.</p> <p>Zu 6.: Als dem Klinikbetrieb zugeordnete Einrichtung ist eine Kindertagesstätte gemäß den Festsetzungen bauplanungsrechtlich zulässig und wird somit durch den Bebauungsplan nicht verhindert.</p>	

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
III. Stellungnahmen zur Allgemeinen Vorprüfung			
III.1 Zweckverband Landeswasserversorgung Recht, Verwaltung, Liegenschaften Schreiben vom 23.06.2020	Sehr geehrte Damen und Herren, wir bestätigen den Eingang der Unterlagen und bedanken uns für die Beteiligung am Planverfahren. Nach Durchsicht der Unterlagen teilen wir mit, dass die Belange des Zweckverbandes Landeswasserversorgung nicht betroffen sind.		<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
III.2 Zweckverband Bodensee- Wasserversor- gung vom 29.06.2020	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>im Bereich dieser Maßnahme befinden sich weder vorhandene noch geplante Anlagen der BWV. Es werden daher keine Bedenken erhoben.</p> <p>Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht erforderlich.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>i.A.Stefan Eisenhardt Planung, Bau, Dokumentation Zentrale Netzinformation</p> <p>Zweckverband BODENSEE-WASSERVERSORGUNG Hauptstraße 163 70563 Stuttgart http://www.bodensee-wasserversorgung.de</p>		<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor-schlag
<p>III.3 Regierungs- präsidium Stuttgart Ref. 21- Raumord- nung, Bau- recht, Denk- malschutz</p> <p>vom 01.07.2020</p>	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>vielen Dank für die Beteiligung an o.g. Verfahren. Die Unterlagen wurden ins Intranet eingestellt bzw. durch Referat 21 ausgelegt und damit den Fachabteilungen im Hause zugänglich gemacht.</p> <p>Es handelt sich nach dem von Ihnen vorgelegten Formblatt um einen <u>entwickelten Bebauungsplan</u>.</p> <p>Nach dem Erlass des Regierungspräsidiums vom 10.02.2017 erhalten Sie keine Gesamtstellungnahme des Regierungspräsidiums.</p> <p>Die von Ihnen benannten Fachabteilungen nehmen - bei Bedarf - jeweils direkt Stellung.</p> <p>Raumordnung Aus raumordnerischer Sicht wird darauf hingewiesen, dass insbesondere § 1 Abs. 3 bis Abs. 5 BauGB sowie § 1a Abs. 2 BauGB zu beachten sind. Diesen Regelungen sind in der Begründung angemessen Rechnung zu tragen.</p> <p>Zur Aufnahme in das Raumordnungskataster wird gemäß § 26 Abs. 3 LplG gebeten, dem Regierungspräsidium nach Inkrafttreten des Planes eine Mehrfertigung der Planunterlagen - soweit möglich auch in digitalisierter Form - zugehen zu lassen.</p>		<p><u>Kenntnisnahme</u></p>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
III.4 Verband Region Stuttgart vom 13.07.2020	<p>Stellungnahme des Verbands Region Stuttgart zum Bebauungsplanverfahren „Auf dem Säer“ 2. Änderung in Nürtingen, gemäß § 4 Abs. 2 BauGB Ihre Mail vom 23. Juni 2020</p> <p>Sehr geehrte Frau Mattheus,</p> <p>vielen Dank für die Beteiligung am oben genannten Bebauungsplanverfahren.</p> <p>Zur vorliegenden Planung gilt weiterhin die Stellungnahme des Verband Region Stuttgart vom 25. Oktober 2019. Der Planung stehen regionalplanerische Ziele nicht entgegen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ein Exemplar der Planunterlagen, möglichst in digitaler Form (an: planung@region-stuttgart.org), zu überlassen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen,</p> <p>Corinna Schmidt</p> <p>Corinna Schmidt Referentin für Regional- und Siedlungsplanung</p> <p>Verband Region Stuttgart Kronenstraße 25 70174 Stuttgart Tel. 0711 22759-948 Fax. 0711 22759-70 Mail: schmidt@region-stuttgart.org www.region-stuttgart.org</p>		<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor-schlag
<p>III.5 Regierungs- präsidium Stuttgart Straßenwe- sen und Ver- kehr</p> <p>Schreiben vom 14.07.2020</p>	<p>Wir weisen darauf hin, dass das Sondergebiet bereits einen genehmigten Hubschrauberlandeplatz für Rettungszwecke enthält. Dieser wird mit der Planung überbaut werden. Somit entfällt zu gegebener Zeit dessen Genehmigungsgrundlage. Es sind derzeit schon Planungen angelaufen, den Landeplatz für die Bauzeit zu verlegen. Dieser soll als Bodenlandeplatz angelegt werden. Ebenso einen neuen Landeplatz als Ersatz auf dem Dach des Neubaus in der Nähe der Schockräume zu errichten. Erste Vorgespräche haben mit dem Regierungspräsidium Stuttgart - Referat 46.2 - bereits stattgefunden.</p> <p>Zu diesen Planungen benötigen wir jeweils luftrechtliche Gutachten mit zugehörigen Lärmgutachten. Das Regierungspräsidium Stuttgart - Referat 46.2 - sowie die Fachplaner sollten hier sehr frühzeitig eingebunden werden, damit alle Abstimmungen reibungslos verlaufen können.</p> <p>Die Landeplatzgenehmigungen nach § 6 Luftverkehrsgesetz(LuftVG) sind gesonderte Genehmigungen welche sinnvollerweise spätestens mit dem Baugenehmigungsverfahren starten sollten. Der Bodenlandeplatz muss jedoch sobald die ersten Bauarbeiten beginnen bereits in Betrieb gehen können. Daher ist das Genehmigungsverfahren mindestens ein halbes Jahr vorher einzuleiten.</p> <p>Es hat sich in Vergangenheit bewährt, in die Umweltverträglichkeitsprüfung gleich die Standorte der Hubschrauberlandeplätze mit einschließen, so dass keine gesonderten Verfahren hierzu eingeleitet werden müssen. Auch das Brandschutzkonzept muss die Hubschrauberlandeplätze berücksichtigen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen – die Prüfung erfolgt im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens.</p>	<p><u>Kennntnisnahme</u></p>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
	<p>Die Immissionsschutzgutachten des Krankenhauses selbst sollten hier den Lärm des Rettungshubschraubers für die eigenen klinikbezogenen Belange berücksichtigen (Schallschutz am eigenen Gebäude, wo erforderlich).</p> <p>Im Baugenehmigungsverfahren ist das Regierungspräsidium Stuttgart - Referat 46.2 - als Landesluftfahrtbehörde zu beteiligen. Wir erheben daher keine grundsätzlichen Bedenken zum vorgelegten Bebauungsplan.</p> <p>Weitergehende luftrechtliche Einflüsse auf andere Einrichtungen erscheinen uns nicht gegeben, können jedoch aber erst abschließend nach Vorlage einer Entwurfsplanung geklärt werden.</p> <p>Für Rückfragen im Zusammenhang mit diesem Projekt steht Ihnen das Regierungspräsidium Stuttgart - Referat 46.2 - sehr gerne zur Verfügung.</p>		

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor-schlag
<p>III.6 Landratsamt Esslingen – Amt für Was- serwirtschaft und Boden- schutz (WBA)</p> <p>Schreiben vom 15.07.2020</p>	<p>1. <u>Abwasserableitung, Regenwasserbehandlung</u> Herr Roland Schunn, Tel. 0711 3902-42485</p> <p>Laut Punkt VI.2 der Begründung zum Bebauungsplan (Verkehrskonzept und Erschließung) erfolgt die abwassertechnische Erschließung im Trennsystem. Aufgrund eines fehlenden Vorfluters erfolgt im weiteren Verlauf ein Anschluss an das öffentliche Mischsystem. Es wird daher folgende Ergänzung vorge-schlagen:</p> <p><i>„Die abwassertechnische Erschließung <u>innerhalb des Plangebietes</u> erfolgt im Trennsystem.</i></p> <p><i>Ein Vorflutgewässer zur Aufnahme gesammelten Niederschlagswassers exis-tiert nicht, die anstehenden Böden sind kaum versickerungsfähig. <u>Die Regen-wasserkanäle werden daher im weiteren Verlauf ebenfalls an die öffentliche Mischkanalisation angeschlossen. Im Bereich der Albert-Schäffle-Straße ...</u>“</i></p> <p>Weiterhin ist unter Punkt VI.2 beziehungsweise Punkt VIII.2.2 (Grundstück-sentwässerung) der Begründung dargestellt, dass das Gesamtareal entwässe-rungstechnisch überprüft, die Leistungsfähigkeit der Kanäle ermittelt und ein Konzept für die weitere Entwicklung der Schmutz- und Regenwasserkanäle er-arbeitet werden sollte (VI.2) beziehungsweise soll (VIII.2.2).</p> <p>Aus Sicht des WBA sind die oben genannten Punkte durchzuführen (die Formu-lierung „sollte“ respektive „soll“ ist zu vermeiden). Die Textabschnitte sind ent-sprechend anzupassen.</p> <p>Das Konzept ist dem WBA vorzulegen. Es wird empfohlen, dieses frühzeitig mit dem Amt abzustimmen.</p> <p>2. <u>Grundwasser</u> Herr Thomas Götzelmann, Tel. 0711 3902-42484</p> <p>Zum Fachbereich Grundwasser werden zu dem Bebauungsplan keine Beden-ken erhoben. Die erforderlichen Hinweise sind im Textteil enthalten.</p>	<p>Die Begründung wird entsprechend der Vorschläge klarstellend ergänzt bzw. re-daktionell überarbeitet.</p>	<p><u>Redaktionelle Ergän-zung</u></p>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor-schlag
III.7 Landratsamt Esslingen – Naturschutz Schreiben vom 15.07.2020	<p>Es bestehen weiterhin keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Die vorgelegte „Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls“ vom 22.06.2020 ist nicht zu beanstanden. Die überschlägige Prüfung kommt im Ergebnis zur Einschätzung, dass keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt entstehen.</p> <p>Zum Bebauungsplanentwurf (Stand 11.12.2019) wird folgendes angemerkt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◦ Textteil II.6.1 und 6.2: Bei den grünordnerischen Festsetzungen zu den Bäumen sollte es sich um standortgerechte <u>Laubbäume</u> handeln. <p>Für die Baumpflanzungen im südlichen Planbereich wird vorgeschlagen, beispielsweise Wildkirsche (<i>Prunus avium</i>) und Wildbirne (<i>Pyrus Pyraeaster</i>) zu verwenden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ◦ Textteil II.7.1: Die genannten Nistquartiere sind noch genau zu verorten. ◦ Textteil II.7.2: Die genannten Nistkästen sind vor Beginn der Bauarbeiten und außerhalb der Vogelbrutzeit zu ersetzen. ◦ Textteil II.7.4: Die genannten Maßnahmen sind zwingend wie beschrieben durchzuführen. <p>Sollten Tiere im nicht räumlich-funktionalen Zusammenhang umgesiedelt werden müssen, so ist gegebenenfalls eine Ausnahme gemäß § 45 Absatz 7 Bundesnaturschutzgesetz durch die höhere Naturschutzbehörde des Regierungspräsidiums Stuttgart erforderlich. Sollten Tiere mittels Schlinge umgesetzt werden, ist eine Ausnahme von den Verboten der Bundesartenschutzverordnung, ebenfalls zu erteilen durch die höhere Naturschutzbehörde, notwendig.</p> <p>Aus den genannten Gründen ist zwingend die genaue Verortung der Ersatzflächen notwendig. Die Flächen müssen vor Beginn der Umsetzung der Tiere in vollem Umfang funktionsfähig sein.</p> <ul style="list-style-type: none"> ◦ Textteil IV.9.3: Hier wird angeregt, ausdrücklich auf den abweichenden Zeitraum für die Baufeldräumung in den potenziellen Zauneidechsenhabitaten (II.7.4) hinzuweisen. 	<p>Die Aussagen zur Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls werden zur Kenntnis genommen. Der Bebauungsplanentwurf vom 11.12.2019 war nicht Teil der Auslegung der Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls. Die Anregungen wurden jedoch, sofern noch nicht im Bebauungsplan enthalten, in den Auslegungsunterlagen der Beteiligung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB berücksichtigt.</p>	<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
	<p>Zur <u>speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung</u> (saP) (Stand Dezember 2019) wird folgendes angemerkt:</p> <p>° saP 5.3.2: Die beschriebene CEF-Maßnahme zur Wiederherstellung von Nahrungs- habitaten für den Bluthänfling muss hinsichtlich der Ausgleichsflächen noch konkret verortet und gegebenenfalls rechtlich gesichert werden. Es wird davon ausgegangen, dass nur ein Teil der planinternen Ruderalfläche als Nahrungshabitat vorgesehen ist. Es ist noch zu klären, ob und welche der Dachbegrünungsflächen mit angerechnet werden können und welche externen Ackerflächen notwendig und vertraglich entsprechend zu sichern sind.</p> <p>Sämtliche vorgesehenen Vermeidungs-, Minimierungs- und CEF- Maßnahmen sind ordnungsgemäß und entsprechend Kapitel 6. der saP unter ökologischer Baubegleitung durchzuführen. Die Monitoringberichte sind dem Landratsamt Esslingen — untere Naturschutzbehörde — unauf- gefordert vorzulegen.</p> <p>Die vorliegende Natura2000-Vorprüfung bezogen auf das Vogelschutzge- biet „Vorland der mittleren schwäbischen Alb“ ist nicht zu beanstanden. Auf Grundlage der gemachten Angaben ist davon auszugehen, dass vom Vorhaben nach derzeitigem Kenntnisstand keine erheblichen Beeinträch- tigungen der Schutz- und Erhaltungsziele des Vogelschutzgebietes aus- gehen.</p> <p>Unter Berücksichtigung der einschlägigen Kriterien gemäß Anlage 3 Um- weltverträglichkeitsprüfungsgesetz kommt es nach derzeitigem Kenntnis- stand durch das Vorhaben nicht zu erheblichen nachteiligen Auswirkun- gen. Für das Vorhaben besteht daher keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.</p> <p>Des Weiteren ist zu beachten, dass die mit Pflanzbindung festgesetzten Gehölze sowie das geschützte Biotop und die weiteren Magerrasenflä- chen während der Baumaßnahmen vor Beeinträchtigungen zu schützen sind.</p>		

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
III.8 Landratsamt Esslingen – Gewerbeauf- sicht Schreiben vom 15.07.2020	<p>Anhand einer schalltechnischen Untersuchung des Ingenieurbüros „Hooock & Partner Sachverständige PartG mbB“ vom 19.12.2019 wurden die Auswirkungen der geplanten Änderungen schalltechnisch erhoben und diese in Relation zum Schutzanspruch der im Einwirkungsbereich liegenden Nutzungen gesetzt. Auf Grundlage der schalltechnischen Untersuchung, wurde eine erkennbare und sorgfältige Analyse vorgenommen.</p> <p>Im Ergebnis erkennt der Gutachter keine Immissionskonflikte, die der Planung entgegenstehen. Die zugrunde gelegten Annahmen und Ausführungen sind plausibel und nachvollziehbar.</p> <p>Es bestehen keine Bedenken gegen die Bebauungsplanänderung.</p>		<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
III.9 Landratsamt Esslingen – Landwirt- schaftsamt Schreiben vom 15.07.2020	<p>Im Planbereich des Bebauungsplans aus dem Jahr 1980 befindet sich im süd-westlichen Bereich eine landwirtschaftlich genutzte Fläche, die aktuell als Grün-land genutzt wird. Nach dem vorliegenden Planentwurf hat sich die Größe der Fläche nicht verändert.</p> <p>Es bestehen keine agrarstrukturellen Bedenken.</p>		<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor-schlag
III.10 Regierungs- präsidium Stuttgart – Abt. 5 Um- welt Schreiben vom 17.07.2020	<p>Naturschutz:</p> <p>Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 30. Okt. 2019.</p> <p>Sofern im Rahmen der Vergrämung bzw. beim Absammeln von im Eingriffsbereich befindlichen Zauneidechsen eine Eidechsenangel (Schlinge) verwendet wird (vgl. S. 17 Artenschutzrechtliche Prüfung – Fachgutachten Reptilien, Planungsgruppe Ökologie und Information vom 15.11.2017), bedarf es für den Schlingenfang einer Ausnahme nach der Bundesartenschutzverordnung (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 BArtSchV).</p> <p>Bei den geplanten Maßnahmen ist der gesetzliche Artenschutz nach § 44 BNatSchG, hier insbesondere auch mögliche Vorkommen von Vögeln und Fledermäusen, zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Das Risiko einer signifikanten Erhöhung von Vogelschlag an Glasbauteilen ist gemäß § 44 BNatSchG zu vermeiden. Daher sind grundsätzlich große Glasflächen und Über-Eck-Verglasungen möglichst auszuschließen. - Informationen für nachhaltige Beleuchtungskonzepte zum Schutz von Menschen, aber auch zum Schutz von z.B. Insekten und nachtaktiven Tieren geben Ihnen folgende Internet-Links: https://www.sternenpark-schwaebische-alb.de/richtig-umruesten.html https://www.biosphaerenreservat-rhoen.de/service/publikationen/ (Stichwort: Außenbeleuchtung). - Falleffekte, insbesondere für Kleintiere, sollten durch engstrebige Gullydeckel und engmaschige Schachtabdeckungen reduziert werden (s. http://www.artenschutz-am-haus.de/dokumente-links/dokumente/ (Informationsblatt Tierfallen im Siedlungsbereich). - Es wird angeregt, an Bäumen des Plangebiets sowie an oder in Gebäudefassaden künstliche Nisthilfen für Vögel und künstliche Quartiere für Fledermäuse anzubringen. Bei der Initiierung bzw. Organisation einer dauerhaften Betreuung der Nisthilfen und Quartiere können ggf. die örtlichen Naturschutzvereinigungen unterstützen. - Des Weiteren wird angeregt, nicht nur auf öffentlichen, sondern auch auf privaten Grünflächen im Plangebiet möglichst standortheimische Bäume, Sträucher, Stauden und Gräser zu verwenden. 	<p>Auf den Beschluss vom 11.12.2019 wird verwiesen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Um Vogelschlag vorzubeugen sind unter IV.9.2 Maßnahmen zur Vermeidung festgesetzt. - Unter IV.9.1 ist eine insektenschonende Beleuchtung festgesetzt. - Die Verwendung von engstrebigen Gullydeckeln wird im Rahmen des weiteren Bauvorhabens in der Planung berücksichtigt. - Nisthilfen oder Quartiere als Ausgleich für die entfallenden Quartiere sind in der Planung vorgesehen. - Der Bebauungsplan unterscheidet nicht zwischen öffentlichen und privaten Grünflächen. Die Festsetzungen gelten für alle Pflanzmaßnahmen. - Eine extensive Begrünung der Flachdächer ist festgesetzt. 	<u>Kenntnisnahme</u>

Nr. Private	Anregungen / Stellungnahmen	Abwägung	Beschlussvor- schlag
	<ul style="list-style-type: none">- Durch dauerhafte extensive Begrünung von Flachdächern und schwach geneigten Dachformen verringert sich der Abfluss von Niederschlagswasser und gleichzeitig werden Nahrungshabitate für zahlreiche Tierarten geschaffen. <p>Vor Baubeginn ist deshalb u.a. mit der zuständigen unteren Naturschutzbehörde ein Maßnahmenkonzept abzustimmen.</p>	Wird im Rahmen der Genehmigungsplanung berücksichtigt.	<u>Kenntnisnahme</u>